

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg – Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

05.10.2022– 07.10.2022

MdL Henning Foerster

TOP 18

Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT zum Thema

Sanktionen erhalten, Energiesparanreize schaffen – Bürgergeld überarbeiten

(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

die von der CDU-Fraktion beantragte Aussprache zu diesem Thema ist so wenig überraschend, wie originell. Seitdem die Pläne der Ampel für ein Bürgergeld bekannt wurden, haben sich ja verschiedenste Unionspolitiker diesbezüglich zu Wort gemeldet. An den Dingen, die im Geiste schwarzer Pädagogik zum Besten gegeben wurden, konnte man sich geradezu Hände und Füße wärmen.

So forderten Vertreter des CDU-Wirtschaftsflügels unter anderem eine Arbeitspflicht für Hartz-IV-Empfänger. Der Regelsatz solle die Gegenleistung für die Verpflichtung zu kostenloser gemeinnütziger Tätigkeit sein. Wer sich weigere, dem müssten die Hartz-IV-Leistungen konsequent gestrichen werden. Ferner sollten die Einschränkungen für Leiharbeit zurückgenommen und Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn ermöglicht werden. Schon diese Vorschläge sind ehrlich gesagt ein Griff in die Mottenkiste. Dahinter steckt der in den USA populäre, sogenannte Workfare-Ansatz, will heißen Sozialleistungen nur gegen Arbeit.

Diese Idee importiert, hübsch verpackt und ergänzt um die auch hierzulande gern demonstrativ zur Schau getragene Sorge um die arbeitende Mitte, klingt auf den ersten Blick vielleicht plausibel. Wer sich näher damit befasst, erkennt jedoch schnell, dass dieser faktische Arbeitszwang zumindest die Gefahr birgt, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verdrängt werden, indem man die so Beschäftigten ganz legal durch zum Arbeitsdienst verpflichtete Grundsicherungsempfänger ersetzt. Letztere würden dann zu Beschäftigten ohne Arbeitnehmerrechte deren "Lohn", die Grundsicherung, vom Staat bezahlt wird.

Zur tatsächlichen Wirkung der Sanktionen gibt es nunmehr die erste wissenschaftliche Langzeitstudie. Sie wurde vom Institut für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung Berlin (INES) durchgeführt. Demnach verfehlen sie die von der CDU so gern behauptete Wirkung deutlich. Denn anstatt Menschen nachhaltig in Arbeit zu bringen, haben Kürzungen der Grundsicherung bei Verstößen gegen Auflagen der Jobcenter einen einschüchternden Effekt und können sogar Krankheiten verursachen. Den Kontakt mit den Jobcentern empfinden die im Rahmen der Studie "Hartz Plus" Befragten größtenteils als hinderlich, statt als unterstützend. Besonders perfide war die von CDU MdB Carsten Linnemann angestoßene Debatte um eine Heizkosten Obergrenze für Hartz-IV-Empfänger. Erst wollte selbiger offenbar den Eindruck erwecken, alle Grundsicherungsempfänger würden in der aktuellen Energiekrise nun die Heizung auf volle Pulle drehen. Und dann legte er noch mal nach, indem er seinen Vorstoß tränenreich mit den Millionen

Beschäftigten rechtfertigt, die täglich um 6 Uhr aufstehen und arbeiten gehen würden. Mit der Realität hat das Bild vom faulen und die Energie verprassen könnenden Hartz-IV-Bedürftigen wenig zu tun. Denn die Lautsprecher in der CDU übersehen bei all ihrer Polemik gegen das Bürgergeld der Ampel, dass es schon heute klare Grenzen gibt.

Nicht nur für die Miete, auch für die Heizkosten gilt, dass sie angemessen sein müssen. Anders als inzwischen vielfach kolportiert, können Hartz-IV-Bedürftige ihre Heizung daher gerade nicht volle Pulle ballern lassen. Einen bundeseinheitlichen Richtwert zu den Heizkosten gibt es nicht, daher greifen die Jobcenter auf den örtlichen Durchschnitt zurück. Leistungsempfänger, die mehr heizen und mehr Energie verbrauchen, sehen sich daher ganz schnell mit einer Kostensenkungsaufforderung konfrontiert. Dann hat man aktuell sechs Monate Zeit, die Heizkosten zu reduzieren. Danach werden nur noch die angemessenen Kosten übernommen.

Meine Damen und Herren,

fallen wir also nicht auf die Polemik der CDU herein, die offensichtlich immer noch berauscht, von ihrem ersten Bundesparteitag, in Präsenz, nach zwei Corona Jahren, ist. Versuchen wir es besser mit einer sachlichen Einordnung des Reformvorhabens. Auch ich habe mir natürlich die Frage gestellt, was ist das Bürgergeld nun?

Einfach nur ein neues Etikett für das alte Hartz-IV-System oder etwas substanzvoll Neues?

Eines scheint mir jedenfalls klar zu sein. Auf dem Weg in ein bedingungsloses Grundeinkommen, das die Arbeitsmoral untergräbt, wie es Teile der CDU und der Arbeitgeberverbände unken, sind wir nicht. Ich bin da eher bei meinen Kolleginnen und Kollegen vom DGB. Diese sehen das Ganze wie folgt, ich zitiere:

„Zur Bewertung des Bürgergeldes bietet es sich an, das Hartz-IV-Elend zu vergegenwärtigen. Hartz IV schürt massive Ängste vor sozialem Abstieg: Ersparnisse müssen vorab aufgebraucht werden und es droht der Verlust der vertrauten vier Wände. Beim Bürgergeld sollen in den ersten beiden Jahren des Leistungsbezugs Ersparnisse geschützt sein und die tatsächlichen Wohnkosten immer in voller Höhe erstattet werden. Dies stärkt das sozialstaatliche Sicherheitsversprechen substanzvoll. Verbesserte Förderangebote sollen die Arbeitslosigkeit beenden, bevor die schärfere Bedürftigkeitsprüfung greift.“

Dem kann ich nur zustimmen. Das gilt gleichermaßen für die Aussagen zu einem der Kernprobleme, der schon angesprochen extremen Machtasymmetrie zwischen Jobcentern und Leistungsberechtigten. Denn letztere fühlen sich oft gegängelt und weitgehend entmündigt. Es fehlt an Mitspracherechten.

Stattdessen überwiegt oft die Angst, dass die Jobcenter Fördermaßnahmen, wie das x-te Bewerbungstraining verordnen, die nicht wirklich weiterhelfen. Oder dass sie Stellenangebote ausschließlich im Helfer- und somit im Niedriglohnbereich unterbreiten. Mit dem Bürgergeld sollen Eingliederungsziele künftig im Einvernehmen mit den Leistungsbeziehenden ausgehandelt werden. Und Weiterbildungsmaßnahmen, die neue Perspektiven schaffen, sollen der schnellen Vermittlung in prekäre Beschäftigung vorgezogen werden. Es gibt also gute Ansätze, die auch aus linker Sicht in die richtige Richtung gehen. Doch wo Licht ist, gibt es auch Schatten. Um das Hartz-IV-System tatsächlich zu überwinden, müssten auch die Zumutbarkeitsregelungen entschärft und an Guter Arbeit ausgerichtet werden. Sozialversicherungspflichtige und mindestens ortsüblich entlohnte Arbeit muss stärker im Mittelpunkt stehen. Zudem sollte wieder ein temporärer Qualifikationsschutz eingeführt werden. Dann müssten die Jobcenter für einen bestimmten Zeitraum entsprechend des Niveaus des erworbenen Abschlusses vermitteln.

In Verbindung mit verbesserten Weiterbildungsangeboten würde so die Aufstiegsmobilität gefördert werden. Prekäre Beschäftigung träte stärker in den Hintergrund. Auch wenn die CDU einen anderen Eindruck erweckt, gibt es zumindest nach meinem Kenntnisstand bisher keinen Konsens in der Ampel, auf die ins Existenzminimum eingreifenden Sanktionen dauerhaft zu verzichten. Das Sanktionsmoratorium setzt diese nur vorübergehend für 12 Monate aus.

Die angekündigte kooperative Arbeitsweise und die von den Gewerkschaften geforderte Neugestaltung der Zumutbarkeitsfrage würden die Sanktionspraxis zwar weitgehend entschärfen, denn wenn die Teilnahme an Fördermaßnahmen freiwillig wäre und Stellenangebote passgenauer angeboten würden, entfielen viele Sanktionsanlässe. Aus linker Sicht wäre jedoch die vollständige Abschaffung der Sanktionen der bessere und konsequentere Schritt.

Meine Damen und Herren,

Hartz IV bedeutet für die Betroffenen bislang ein Leben in Armut und Ausgrenzung. Mit Ausnahme der Alleinerziehenden mit jungen Kindern, liegt das Hartz-IV-Niveau bei allen Haushaltskonstellationen unter der offiziellen Armutsrisikogrenze. Armut wird nicht vermieden, sondern zementiert. Die materielle Not wird durch die aktuelle Inflation von über sieben Prozent noch einmal deutlich verschärft.

Von daher ist auch die von der CDU inszenierte Empörung über die Anhebung der Regelsätze auf künftig 502 Euro unangemessen. Sozialverbände haben ebenso wie die Gewerkschaften darauf hingewiesen, dass eine Neuermittlung der Regelsätze ebenso notwendig ist, wie perspektivisch auch deren Erhöhung auf ein armutsfestes Niveau. Erst wenn das gelungen ist, kann man meiner Meinung nach von einer wirklichen Überwindung des Hartz-IV-Systems sprechen. Ansonsten bleibt es eine kleine Reform, die zwar einige Weichen richtigstellt, ohne jedoch das Problem dauerhaft zu lösen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.